

Wo bleiben die Fakultätsverwaltungen?

Bei allem, was wir in den vergangenen Jahren erreicht haben, in einem tun wir uns immer noch schwer: Die Unterstützung der Fakultätsverwaltungen entspricht nach wie vor nicht dem, was für uns alle wünschenswert wäre. Dafür gibt es sicher objektive Gründe wie:

- die räumliche Verteilung der Universität (ca. 300 Gebäude an ca. 60 Standorten),
- die weitgehend ungeklärten Sicherheitsprobleme (Verwaltungsdaten sind oft Personendaten, die nicht unverschlüsselt übers Netz verschickt werden dürfen),
- fehlende verwaltungsrechtliche Vereinbarungen zur Verarbeitung von Personendaten in den dezentralen Bereichen,
- die fehlende Vereinheitlichung der Hard- und Softwareplattform. Im Gegensatz zur Zentralen Universitätsverwaltung (ZUV) gibt es für die dezentralen Bereiche keine Standards in der PC-Ausstattung.

Natürlich gibt es erste Ansätze:

- Von den 16 Verwaltungsleitern der Universität sind acht bereits über einen E-Mail-Anschluß erreichbar. Von zwölf Dekanaten haben elf Dekane bzw. Prodekane einen Netzanschluß.
- Nach der Ablösung des Großrechners 1991 wurden die Inventardaten der einzelnen Bereiche inklusive der HIS-Software HISIVS-PC an ca. 40 Interessenten zur maschinellen Weiterverarbeitung übergeben.
- Anfang 1995 wurde in 20 Bereichen das Finanzverwaltungssystem HISMBS-PC eingeführt. Insgesamt wurde dieses System leider nicht so angenommen, wie wir gehofft hatten. Dennoch deutet die Anzahl der Hotline-Anrufe zum Wechsel des Haushaltsjahres noch immer auf eine rege Nutzung hin.
- Für den Beginn des laufenden Jahres war eigentlich auch die Einführung des dritten, zugleich die beiden anderen Systeme miteinander verbindenden Systems HISBEL-PC geplant. Damit sollten erstmals Bestellungen dezentral erfaßt und über Disketten an die zentrale Beschaffungsstelle weitergegeben werden. Doch beim Test der Software in den betroffenen Einrichtungen fiel dieses System schlichtweg durch. Eine Ersatzlösung ist noch nicht abzusehen.
- Verwaltungsinformationen werden auf dem WWW-Server der Humboldt-Universität für alle zugänglich abgelegt (Formulare, Protokolle der Gremien, HU-Informationen, das Amtliche Mitteilungsblatt des Präsidenten etc.)

- Einladungen zu Verwaltungsleiterrunden und die zugehörigen Dokumente werden per E-Mail ausgetauscht.
- Anforderungskarte und Bestellschein zur Warenordnung wurden als Winword-Vorlagen allen Verwaltungseinrichtungen zur Verfügung gestellt.

Das erste Verfahren, das als Beispiellösung für die Zusammenarbeit zwischen zentraler und dezentraler Verwaltung dienen kann, ist die gemeinsame Erstellung des Geschäftsverteilungsplans.

Gemäß der Forderung der Gemeinsamen Geschäftsordnung für die Berliner Verwaltung (GGO) wird die Humboldt-Universität in den kommenden Wochen einen Gesamt-Geschäftsverteilungsplan erstellen. Abweichend von der sonstigen Bearbeitung von Personaldaten, die üblicherweise ausschließlich in der zentralen Personalabteilung erfolgt, wurde für dieses Verfahren eine Arbeitsteilung vereinbart, die eine Zuarbeit der Fakultätsverwaltungen an die Personalabteilung ermöglicht. Um die Papierform zu vermeiden, beauftragten wir die HIS GmbH, eine DV-Lösung zur dezentralen Komplettierung bereitzustellen. Dieses System wird derzeit an allen Fakultäten installiert. Eine Möglichkeit zum Probedruck und zum Erstellen einer Datenübergabediskette wird ergänzend dazu von uns ausgeliefert.

Im Anschluß an die dezentrale Erfassung werden die Daten gesammelt (dabei von den dezentralen Rechnern entfernt), ausgedruckt und in das Unix-System zurückgespeist.

Zukünftige technische und inhaltliche Schwerpunkte

Die Unterstützung der Fakultätsverwaltungen wird in den kommenden Jahren zu einem Schwerpunkt bei der Erweiterung des Verwaltungsnetzes werden. Um den Erfolg dieser Einbindung zu gewährleisten, bedarf es jedoch zunächst eines Grundkonzeptes.

Ein Teil dieses Konzeptes wird die *technischen Voraussetzungen* enthalten müssen, die in Zusammenarbeit

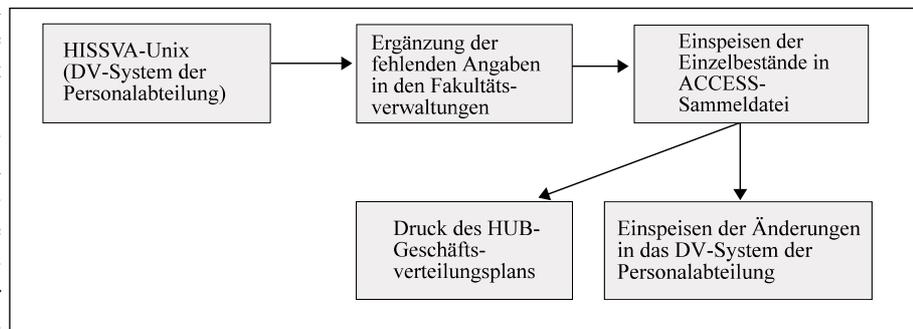


Abb.1: Informationswege bei der Erstellung des Geschäftsverteilungsplans

mit den DV-Beauftragten vor Ort zunächst geschaffen werden müssen wie:

- das Einrichten von Netzanschluß und Mailbox für jeden Mitarbeiter der dezentralen Verwaltung (inkl. entsprechender Schulung, denn einige Verwaltungsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen verfügen bereits über einen Netzanschluß, ohne sich dessen bewußt zu sein),
- Standardisierung des Versendens von Attachments über eine Plattform hinweg und
- die Durchsetzung eines einheitlichen Textverarbeitungssystems. (Die Erfahrungen in der ZUV haben gezeigt, daß die banale Durchsetzung einer einheitlichen Software inkl. der darin enthaltenen Anmerkungs- und Überarbeitungskomponente den elektronischen Dokumentenaustausch wesentlich befördert hat.)
- Die in der ZUV gängige Nutzung von gemeinsamen Laufwerken zum Dokumentenaustausch scheitert in den dezentralen Bereichen an der Unterschiedlichkeit der verwendeten Systeme. Hierfür müssen Lösungen gefunden werden.
- Lesender Zugriff dezentraler Einrichtungen auf zentrale Systeme wird aufgrund von Sicherheitsbedenken bisher nicht gestattet. Es muß geprüft werden, in wie weit neue technische Möglichkeiten (Verschlüsselung etc.) hier eine Änderung der Vorgehensweise ermöglichen.

Die entsprechenden Zuständigkeiten von Rechenzentrum und dezentralen DV-Beauftragten sind in der *Computerbetriebsordnung* geregelt.

Aber die technische Integration in das Verwaltungsnetz ist nur der erste Schritt.

Gleichzeitig muß über die weitere *inhaltliche Anbindung* der dezentralen Verwaltung an die zentrale nachgedacht werden.

Hier sind es in erster Linie Überlegungen zur besseren Ausnutzung der bereits vorhandenen Möglichkeiten (z. B. die Versendung von Bestellungen über Mail, die Ablage von Dokumenten auf WWW- und FTP-Servern oder die gemeinsame Bearbeitung des Vorlesungsverzeichnisses der Universität).

Bedenkenswert sind aber auch die Prozesse, die bisher aus rein rechtlichen Gründen ausschließlich zentral durchgeführt werden dürfen. An vielen Stellen ist eine - auch DV-technische! - Zuarbeit der dezentralen Bereiche sinnvoll, wie im oben angeführten Beispiel des Geschäftsverteilungsplans. Das **generelle** Verbot, Personen-Daten, die in den Fakultätsverwaltungen einfach benötigt werden (also auch Geburtstagskalender), auf dezentralen Rechnern zu verarbeiten, ist bei entsprechenden Vorsichtsmaßnahmen aus meiner Sicht überholt.

Entscheidend für die inhaltliche Integration von Verwaltungsaufgaben wird sein, in wie weit es uns gelingt, die Sicherheitsprobleme bei der Nutzung des öffentlichen Netzes (Internet) für den entfernten Zugriff auf interne Verwaltungsverfahren zu lösen.

Bisher haben wir keine andere Hochschule oder Universität gefunden, die bezogen auf die Kopplung von zentraler und dezentraler Verwaltung mit derart zersplitterter räumlicher Verteilung und einem derart heterogenen Fonds an Hard- und Softwarelösungen vor den gleichen Problemen steht wie wir. Deshalb würden wir uns über Informationen, die uns weiterhelfen, sehr freuen.

Katrin Lányi, RZ
E-Mail: katrin=lanyi@rz.hu-berlin.de

Verwaltungsnetz - ein 3-Phasen-Modell:

1. Phase: Was soll das? So etwas brauche ich nicht.
2. Phase: Ich bin angeschlossen. Das ist eine nette Spielerei.
3. Phase: Warum sind eigentlich nur so wenige angeschlossen? Da kann man doch viel Arbeit sparen! Und bald?
4. Phase: Wie haben wir eigentlich früher gearbeitet?

Joachim Baeckmann
Leiter Studienabteilung